Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 52. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 203.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illgl. Familienblatt.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gesenius leben in Halle a. S.

Dienstag, 1. Februar 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Zur Vermehrung der Lotterielose.

Zu den vor einiger Zeit durch die Presse gegangenen Meldungen von einer Vermehrung der Lotterielose und Einführung des Zweiferiensystems erfahren wir folgendes: Trotzdem mit dem Beginn der 221. Lotterieziehung, die im Juni vorigen Jahres ihren Anfang nahm, aus Anlaß des Anschlusses von Braunschweig und Bremen an die Preußische Lotteriegemeinschaft eine Vermehrung der Lose um 16 000 Stück erfolgt war, hat sich herausgestellt, daß das Spielbedürfnis weiter angewachsen ist und eine sehr starke Nachfrage nach Losen besteht, sodaß diese tatsächlich knapp geworden sind. Auch der Absatz in Braunschweig und Bremen ist als ein recht guter zu bezeichnen. Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob aus diesem Grunde oder aus Anlaß eines später erfolgenden Anschlusses von Bundesstaaten an die Lotteriegemeinschaft wiederum eine weitere Vermehrung der Lose Platz greifen muß. In welcher Weise dann aber die Ziehungen stattfinden sollen, darüber ist ein Entschluß zurzeit jedenfalls noch nicht gefaßt. Es sind über hierfür in Frage kommende Maßnahmen bis jetzt noch nicht einmal Beratungen gepflogen worden. Aus diesem Grunde kann auch die Nachricht über die Einführung des Zweiferiensystems, in welchem Falle viele Spieler andere Nummern erhalten müßten, zunächst keinesfalls zutreffen. Zu bemerken wäre allerdings, daß eine bedeutende Vermehrung der Lose wohl den Uebergang zu diesem System zur Folge haben würde. Dies wäre z. B. der Fall, wenn die Zahl der jetzt vorhandenen Lose (304 000) auf ca. 400 000 gesteigert werden müßte. Was die auch in der Presse erwähnten Verhandlungen mit Elsaß-Lothringen über den Beitritt zur preußischen Lotteriegemeinschaft anbetrifft, so befänden sich diese noch in der Schwebe, und es ist gegenwärtig noch nicht bekannt, ob der Landesausschuß seine Genehmigung hierzu erteilen wird. Sollte es geschehen, so würde dann dem preußischen Landtage später eine entsprechende Vorlage zugehen.

Herr v. Oldenburg und die Sonnabend-Sitzung des Reichstages.

Parteioffiziös schreibt die Konservative Korrespondenz:

In der liberalen und demokratischen Presse wird gegenwärtig ein großer Lärm darüber erhoben, weil der konservative Reichstagsabgeordnete v. Oldenburg am Sonnabend im Reichstage angeblich dazu aufgefordert haben soll, in verfassungswidriger Weise, äußerstenfalls militärischer Macht, gegen den Reichstag einzuschreiten.

Daran ist kein wahres Wort.

Herr v. Oldenburg steht mit der gesamten konservativen Partei streng auf dem Boden unserer Reichsverfassung. Eine Aufforderung zu Gewaltmaßregeln der erwähnten Art liegt ihm durchaus fern.

Nur mangelnde Logik und tendenziöse Unterstellung vermögen den von Herrn v. Oldenburg selbst in der Sitzung sogleich klargestellten Sinn seiner Aeußerung, die lediglich in drastischer und humoristischer Weise äußerste Pflichten militärischer Disziplin kennzeichnen wollte, zu verdrehen und zu einer illoyalen Bekämpfung ihres politischen Gegners und womöglich unserer gesamten verfassungstreuen Partei auszunutzen.

Deutsches Reich.

* **Des Kaisers Dank.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht nachstehenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler:

„Auch mein diesjähriger Geburtstag ist durch die herzliche Anteilnahme des deutschen Volkes und der im Auslande lebenden Stammesgenossen für mich zu einem rechten Freudentag geworden. In zahlreichen Telegrammen und Zuschriften sind mir aus allen Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Parteistellung freundliche Glück- und Segenswünsche dargebracht. Durch diese patriotischen Kundgebungen auf das freudigste bewegt, drängt es mich, den städtischen und ländlichen Gemeinden, Vereinen und Korporationen sowie allen, welche mir an diesem Tage ihre Anhänglichkeit und Zuneigung in mannigfacher Art zum Ausdruck gebracht haben, meinen herzlichen Dank zu sagen. Gott, der Herr, wolle unser teures Vaterland auch ferner in seinen gnädigen Schutz nehmen und das deutsche Volk durch Einmütigkeit und Opferwilligkeit zur Erfüllung der großen sozialen und kulturellen Aufgaben unserer Zeit stark machen. — Ich ersuche Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

* **Der Kaiser beim Kanzler.** Seine Majestät der Kaiser machte am Montag morgen dem Reichskanzler einen Besuch.

* **Se. Majestät der Kaiser nahm am Montag im Königl.** Schloß zu Berlin den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini entgegen. Später empfing der Monarch in Gegenwart des Freiherrn v. Schoen die belgische Sondergesandtschaft zur Notifizierung der Thronbesteigung König Alberts.

* **Wien und Berlin.** Das „Wiener Fremdenblatt" schreibt: Den Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über Versuche, die Beziehungen zwischen Berlin und Wien zu lockern, können wir uns nur in allen Stücken anschließen. Wir tun dies mit umso größerer Befriedigung, als wir auch für die Zukunft von der Aussichtslosigkeit einer unterirdischen Arbeit gegen das feste und vertrauensvolle Zusammenstehen der beiden Kaiserreiche überzeugt sind.

* **Abänderungen im Strafgesetzbuche.** Die Kommission zur Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuchs nahm am Mittwoch ohne größere Debatte die Vorschriften über den Hausfriedensbruch (§ 123 St.-G.-B.) nach den früheren Beschlüssen an, nach dem ein Regierungs-Kommissar erklärt hatte, daß die verbündeten Regierungen mit den Zusätzen der früheren Kommission über die Zulässigkeit der Zurücknahme des Strafantrages trotz der früher vorgebrachten Bedenken einverstanden seien. Angenommen wurden auch die Bestimmungen der Vorlage bezüglich der Verschärfung der bisherigen Bestimmungen über die Tierquälerei bez. Einschaltung eines neuen § 145[6], der neben einer Aenderung der gesetzlichen Definierung der Tierquälerei auch die Strafen dafür wesentlich verschärft (Gefängnis bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe bis 600 Mk.). Ein hierzu gestellter Antrag Schmidt-Marburg (Ztr.), auch Haft für zulässig zu erklären, wurde abgelehnt. Angenommen wurde auch schließlich die jetzige Fassung des § 360[13] nach der Vorlage bez. den Beschlüssen der früheren Kommission nach einer längeren Debatte, ob Vivisektion und namentlich Schächten unter den Begriff der Tierquälerei fällt. Die Kommission verneinte einstimmig an sich diese Frage, ebenso wurde seitens der verbündeten Regierungen erklärt, daß diese Auffassung auch die ihrige sei. Die darauf gerichteten Anträge, ausdrücklich eine Bestimmung dahin aufzunehmen, daß das Schächten nicht unter Tierquälerei falle, wurde aber abgelehnt. Darauf wurde die Weiterberatung vertagt.

* **Zu der Einbringung einer Vorlage über die Reichswertzuwachssteuer** schreibt man uns: Wenn gemeldet wird, daß mit den Vorarbeiten zu einem solchen Gesetzentwurf schon begonnen ist, und daß seine Einbringung in der nächsten Reichstagssession erfolgen würde, so werden hiermit nur die Tatsachen registriert, die sich aus den gesetzlichen Festlegungen des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 ergeben. Tatsächlich sind, wie bereits früher mitgeteilt, die Bundesregierungen seinerzeit zur Anstellung von Erhebungen von der Reichsregierung angeregt; und diese statistischen Vorarbeiten sind inzwischen abgeschlossen. Daraus ergibt sich für den Reichsschatzsekretär naturgemäß die Notwendigkeit, auf Grund des gewonnenen Materials mit den eigentlichen Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf vorzugehen. Denn in dem Gesetz wegen Aenderung des Reichsstempelgesetzes ist bei den Grundstücksübertragungen (Tarifnummer 11) vorgesehen, daß bis zum 1. April 1912 eine Reichsabgabe von der unverdienten Wertsteigerung bei Grundstücken — die sogenannte Zuwachssteuer — eingeführt werden soll, welche so zu bemessen ist, daß sie einen Jahresertrag von mindestens 20 Millionen erwarten läßt. Gleichzeitig ist festgelegt, daß dieses Gesetz dem Reichstage bis zum 1. April 1911 vorgelegt werden soll. Und da dieser Termin in die nächste Reichstagssession fällt, so muß während ihrer Dauer der Gesetzentwurf zur Vorlage gelangen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim.

Die Beratung des

landwirtschaftlichen Etats

wird bei den außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt. Beim sog. Ostfonds verweist

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) auf die stetig steigenden Ausgaben der Landwirtschaftskammern durch Vermehrung der Angestellten. Diese ist aber kein vorübergehender, sondern ein dauernder Bedarf. Es gibt Angestellte mit Bezügen bis zu 18 000 Mark (Hört! Hört!) Nun kann der Minister ja den Kammern hinsichtlich der Normierung der Gehälter keine Vorschriften machen. Aber er kann auf die Unzulässigkeit einer dauernden Erhöhung der Beiträge hinweisen und sie zu Mäßigung in den Ausgaben ermahnen. (Beifall.)

Minister **v. Arnim**: Die Erhöhung der Gehälter ist Sache der Kammern selbst. Ich kann nicht zugeben, daß die Gehälter allgemein zu hoch sind. Im Gegenteil, wir sind auch Fälle bekannt, in denen nicht genügend hohe Gehälter gezahlt werden. Gin Freund unnützer Ausgaben bin ich natürlich auch nicht.

Beim Titel Förderung der inneren Kolonisation in Ostpreußen, Pommern und Regierungsbezirk Frankfurt a. O. betont

Abg. Dr. **Crüger-Hagen** (frs. Vp.): Welche Folgen will der Minister der Konferenz zur Vorbereitung der inneren Kolonisation geben? Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte hat es als Kecheit bezeichnet, daß ich bei der inneren Kolonisation den Frhrn. von Wangenheim als Schwurzeugen genannt habe. Ja, ist denn Frhr. von Wangenheim ein Heiliger, den man überhaupt nicht zitieren darf? Ich führte ihn doch nur als Schwurzeugen dafür an, daß in Kreisen der Großgrundbesitzer Widerstand gegen die innere Kolonisation besteht. Aus welchen Gründen das geschieht, ist belanglos. Abg. von Oldenburg hat doch erst am Sonnabend die Kulturrichtung des Junkertums gekennzeichnet.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**: Solche Reden, wie sie der Abg. Crüger heute und vor einigen Tagen gehalten hat, muß ich bedauern, weil sie geeignet sind, gerade in entgegengesetztem Sinne zu wirken. Ich will ja zugeben, daß es unter den Großgrundbesitzern auch manche Elemente gibt, die der inneren Kolonisation feindlich gegenüberstehen, weil sie diese innere Kolonisation als eine feindliche Maßregel gegen den Großgrundbesitz, zur Auflösung des Großgrundbesitzes ansehen. Derartige irrige Meinungen werden aber durch solche Reden gestärkt. (Sehr richtig! rechts.) Die Großgrundbesitzer muß ich gegen die Angriffe des Abg. Crüger in Schutz nehmen. Die Pommersche Ansiedelungsgesellschaft hat unter Führung von Großgrundbesitzern diese große Aufgabe zuerst in Angriff genommen, und die ostpreußische Landschaft wird von Selbstverwaltungskörperschaften getragen, die wieder unter Führung des Großgrundbesitzes stehen. (Hört! Hört! rechts.) Das Landesökonomiekollegium, eine Domäne des Großgrundbesitzes nach Meinung des Abg. Crüger, hat sich noch im vorigen Jahre für eine planmäßige Ansiedelung als eine soziale Notwendigkeit ausgesprochen. Aus den Verhandlungen der Konferenz für die innere Kolonisation habe ich die Schlußfolgerung gezogen, daß die Konferenz das Vorgehen der Regierung in allen Teilen billigt.

Abg. Graf **v. d. Groeben** (kons.): Es muß anerkannt werden, daß der Minister die innere Kolonisation tatkräftig gefördert hat. Die innere Kolonisation darf aber in keiner Weise schematisiert werden. Im vorigen Jahre sprachen wir die Hoffnung aus, daß parteipolitische Gegensätze bei dieser Sache ausscheiden möchten. Leider ist das nicht eingetreten. Der Abg. Crüger hat in einer Weise parteipolitische Gegensätze in den Vordergrund gestellt, wie es nicht im Interesse der Sache liegt. Diejenigen, die die innere Kolonisation benutzen wollen, um einen Keil zwischen Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz zu schieben, werden getäuscht werden. Die „Legende" von der Interessenfolidarität zwischen Groß- und Kleingrundbesitz wird länger leben, als es Ihnen lieb ist, Herr Dr. Crüger! Diese Interessensolidarität ist in schwerer Zeit erprungen worden, und sie wird bestehen bleiben in guten und schweren Tagen. Dr. Crüger nennt den Großgrundbesitz kulturfeindlich! Ja, wenn er so wäre, wie Dr. Crüger ihn schildert, dann wäre er kulturfeindlich, und es wäre höchste Zeit, ihn zu beseitigen. Aber er betätigt sich ganz anders. Dr. Crüger hat hier die Reichstagsrede des Herrn von Oldenburg herangezogen. Was hat die mit der inneren Kolonisation zu tun? Herr von Oldenburg hat seinen Aeußerungen selbst eine Deutung gegeben, die die Entrüstung Dr. Crügers nicht rechtfertigt. Abg. Crüger scheint die Sache so darstellen zu wollen, als haben wir Konservativen für die innere Kolonisation kein rechtes Interesse. Wir werden sie aber unterstützen, wie wir es auch bisher getan haben. Wir betrachten die innere Kolonisation nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck, der Landwirtschaft arbeitsfreudige Kräfte zu schaffen, die dem Staat eine wehrfähige Jugend liefern und die Interessen des Vaterlandes dadurch schützen, daß sie sich den Lockungen des Umsturzes unzugänglich erweisen. Hat man nicht den Menschen nach den Taten zu beurteilen? Hat nicht der Großgrundbesitz z. B. in Pommern sich in erster Linie zum Träger der inneren Kolonisation gemacht? Ist nicht die pommersche Ansiedelungsgesellschaft von Großgrundbesitzern gegründet? Frhr. v. Wangenheim hat von dem Widerstande einzelner Großgrundbesitzer gesprochen, so lange Erwerbsgesellschaften an der inneren Kolonisation beteiligt seien, und der Grund dieses Widerstandes scheint mir durchaus nicht gleichgültig zu sein. Wir fahren jedenfalls in unserem Bestreben fort, die innere Kolonisation nach Kräften zu fördern. (Beifall.)

Minister **v. Arnim** teilt noch mit, der Fonds werde ausreichen, um allen Bedürfnissen zu entsprechen. Auch in Pommern werde das Bedürfnis gedeckt werden können.

Auf Befragen des Abg. **Tönnies** (natl.) erklärt sich

Minister **v. Arnim** bereit, auch die in Schleswig-Holstein jetzt entstehende Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation weiter zu unterstützen.

Abg. **Kreth** (kons.): Die Konferenz zur Förderung der inneren Kolonisation hat einen Zweck nicht erreicht, nämlich die innere Kolonisation der parteipolitischen Ausschlachtung zu entziehen. Abg. Crüger scheint von jener Konferenz nur noch die eigene Rede im Gedächtnis zu haben. Er übersieht, daß Frhr. v. Wangenheim so oft betont hat, welchen Wert er auf die energische Durchführung der inneren Kolonisation legt. (Sehr wahr!) Der Großgrundbesitz soll Gegner jedes Kulturfortschritts sein. Hat sich nicht gerade der Freisinn der Verstaatlichung der Bahnen und der Sozialpolitik widersetzt? (Sehr wahr!) Abg. Crüger ist ja einer der Führer des Hansabundes. Hier geht sein Bestreben nur darauf, einen Keil zwischen Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz zu treiben. Was die Aeußerung meines Freundes Oldenburg im Reichstage betrifft, so kann ich als Augenzeuge berichten, daß die Linke zunächst mit Vergnügen von der Aeußerung Akt nahm und erst als sie sah, daß sich aus der Sache Kapital schlagen lasse, hat sie mit guter schauspielerischer Begabung Entrüstung gezeigt. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Pachnicke** (frs. Vgg.) meint, die Rechte werde vergeblich versuchen, dem Bauer den Glauben an die Interessengemeinschaft mit dem Großgrundbesitzer beizubringen.

Beim Titel Beihilfen für Versuche zur Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes bemerkt

Minister **v. Arnim**: Schon bei meinem ersten Auftreten hier im Hause habe ich als meine beiden Hauptaufgaben die Lösung der Arbeiterfrage und die Entschuldung des ländlichen Besitzes bezeichnet, zwei Probleme, die nur durch die unermüdliche Kleinarbeit vieler Generationen gelöst werden können. Grund der Verschuldung ist z. T. der Mangel an Betriebskapital. Wer versucht, die Verschuldung auf dem Wege der Lebensversicherung zu lösen, schafft zu Schulden nur neue Schulden. Gegenwärtig ist die Hauptsache, den Grundbesitz zur Entschuldung anzuregen und dabei zu unterstützen. Ein billiger Zinsfuß muß mittels der Landschaften und Kreditgenossenschaften ermöglicht werden. Grundsatz bleibt, daß jede Generation die Schulden, die sie macht, auch selbst tilgt. Ohne Staatsbeihilfe wird es nicht abgehen; darum ändert auch das ostpreußische Beispiel nichts. Der Staat gibt den Organisationen der Entschuldung zinsfreie Darlehen und die Gesellschaften geben den Verschuldeten Dar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002012-10/fragment/page=0001

leihen zu 3½ Prozent Zinsen. Diese Zinsen werden aber zur Amortisation verwandt, so daß die Schuld in 29—30 Jahren gedeckt ist. Man spricht von einem verschleierten Geschenk des Staats an verschuldete Grundbesitzer. Aber der Grundbesitzer hat Nachteil durch Unterwerfung unter die Verschuldungsgrenze und den Vorteil werden erst spätere Generationen haben. Sollte unser Weg nicht zum Ziel führen, so müssen gesetzliche Zwangsmaßregeln erwogen werden. Sie wissen, daß schon Hagen den unverschuldeten Landwirt glücklich pries. So lassen Sie auch uns die große Frage der Entschuldung nicht aus dem Auge verlieren. (Beifall.)

Abg. **Gerhardus** (Ztr.): Wir erkennen die Bedeutung der Frage an, halten diese aber auch nach den ausführlichen Darlegungen des Ministers für noch nicht genügend geklärt. Insbesondere muß die Voraussetzung, unter der die Entschuldung vom Staat gefördert werden darf, noch bestimmter festgelegt werden.

Minister **v. Arnim** betont nochmals, daß ohne Eingreifen des Staates eine energische Förderung der Entschuldung nicht zu erhoffen ist.

Abg. **Dr. Crüger**-Hagen (frs. Vp.): Wer als Ideal aufstellt, daß die Landwirte neue Schulden nicht aufnehmen dürfen, kommt schließlich zur Verstaatlichung der Landwirtschaft. Zunehmende Verschuldung liegt auch in Industrie und Handwerk vor. Soll da auch mit Staatshilfe entschuldet werden? Von der Verschuldungsgrenze will der Bauer nichts wissen, weil sie sein Grundstück entwertet. Daß die Genossenschaften sich gegen eine Mitwirkung bei der Entschuldung sträuben, wird bekannt sein.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse **Heiligenstadt** erwidert, die Mitwirkung der Genossenschaften bei der Entschuldung sei nicht zu entbehren.

Abg. Graf **Strachwitz** (Ztr.) bezeichnet den Staat als verpflichtet, die Entschuldungaktion auf dem Lande zu unterstützen und begrüßt das starke Interesse des Ministers an dieser Frage.

Abg. Graf **Moltke** (konf.) billigt das Vorgehen der Regierung.

Abg. **v. Brandenstein** (kons.) hält den bescheidenen Betrag des Staates von 50 000 Mark für die Versuche der Entschuldung für gerechtfertigt. Es handelt sich nicht um Verzicht auf Kapital, sondern um Verzicht auf Verzinsung. Wir müssen praktisch arbeiten und stimmen deshalb der Forderung zu.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Heine** (natl.) und **Dr. Crüger**-Hagen gibt

Minister **v. Arnim** dem Abg. Crüger zu bedenken, daß es sich nicht um Entschuldung von Personen handelt, sondern um die des Grundbesitzes. 20 Jahre haben wir nun diskutiert. Jetzt gelte die Tat.

Ein Antrag auf Rückverweisung an die Kommission wird abgelehnt. Der Titel wird bewilligt. Die zweite Lesung des landwirtschaftlichen Etats ist damit beendet.

Dienstag 10 Uhr: Forst- und Gestütsetat.

Schluß 5½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg, v. Lindequist.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des **kolonialen Nachtragsetats.**

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Wir werden auch in der dritten Lesung für den Nachtragsetat stimmen, aber mit einem Vorbehalt. Dieser richtet sich in erster Linie gegen den Vertrag mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Interessant ist, daß auf Grund der Erklärung des Staatssekretärs, er werde den Vertrag nicht abschließen, die Aktien der Gesellschaft an einem Tage an der Berliner Börse um 100 Proz. gefallen sind. Die ganzen Verträge mit der Gesellschaft sind offenbar sehr unklar abgefaßt. Wir bleiben dabei, daß ein Bergbau-Eigentumsrecht für die Kolonialgesellschaft seit dem Vertrage vom 17. Februar 1908 nicht mehr besteht.

Abg. **Arning** (ntl.): Auch mir ist die Auffassung, daß die Kolonialgesellschaft das Bergbaurecht noch besitzt, ganz überraschend gekommen. Ich habe den Vertrag vom Februar 1908 anders aufgefaßt, als daß die Gesellschaft jenes Recht vorbehaltlos abtritt.

Abg. **Dr. Arendt** (Rp.): Auch ich muß den Ausführungen des Abg. Erzberger vollständig zustimmen. Wenn man sich darauf beruft, daß die notarielle Beglaubigung weggeblieben ist, und infolge dieses Formfehlers der Vertrag ungültig sei, so ist das ein Verhalten, das geradezu gegen die gute Sitte verstößt (lebh. Zustimmung), und mit der Kolonialgesellschaft könnte man überhaupt nicht mehr verhandeln. (Sehr wahr! rechts.) Ich erwarte von der Initiative des Staatssekretärs, daß er mit aller Kraft den Standpunkt des Reiches gegenüber dieser Gesellschaft wahren wird (lebh. Zustimmung), und wenn es nicht anders geht, so ist eine rücksichtslose Handhabung der Gesetzgebung am Platze (Beifall rechts). Für mich ist durch den Rezeß von 1908 ein Klares und festes Recht geschaffen. Auf diesem Rezeß beruht die ganze Entwicklung. Es ist sehr zu bedauern, daß die Sperre nicht zu Gunsten des Fiskus eingetreten ist. (Sehr richtig! rechts.) Am 1. April 1911 läuft die Sperre ab, und es wird jetzt Aufgabe des Staatssekretärs und des Reichstags sein, dafür zu sorgen, daß sie von da ab zu Gunsten des Fiskus ausgeübt wird. Herr Erzberger hat recht, daß der Vertrag, wie er zuerst abgeschlossen werden sollte, nicht den Interessen des Reichs, sondern der Aktionäre entsprochen hätte, sonst wäre der Sturz an der Börse nicht erfolgt. Wir haben hier nicht für die Interessen der Kolonialgesellschaft für Südwest zu sorgen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär **Dernburg**: Ich habe mit kurzen Worten festzustellen, daß ich mich im Endresultat von keiner der Ausführungen irgendwie entferne, die hier gemacht worden sind. Ich stehe aber weiter auf dem Standpunkt, daß die Frage, ob notariell oder nicht, eine juristische Frage ist, und unsere Juristen stehen auf dem Standpunkt, daß das gar keinen Einfluß ausübt. Der Bergrezeß vom Februar 1908 bleibt nach wie vor die Grundlage, und zwar die rechtliche Grundlage zwischen dem Fiskus und der Kolonialgesellschaft. Sein Zweck war, die Interessen des Fiskus in klarer Weise festzustellen, und ich habe gar keine Ursache, daran irgend etwas zu ändern.

Abg. **Goercke** (natl.): Wir sind mit dem Staatssekretär der Meinung, daß die Sache ganz in Ordnung ist, und wir werden deshalb auch den Nachtragsetat annehmen.

Abg. **Frhr. v. Richthofen** (kons.): Die auffällige Zuschrift der Gesellschaft an die „Kölnische Zeitung", von der ich soeben erst Kenntnis erhalte, kann ja nichts anderes bedeuten, als eine Machination, um bei künftigen Vertragsverhandlungen bessere Handhaben zu haben. (Sehr wahr! rechts.) Es ist nichts, als ein Schachzug, um einzuwirken und das kann ich nur auf das äußerste bedauern, es ist eine ganz falsche Sorte von Pression. (Sehr wahr! rechts.) Ich kann nicht annehmen, daß einer von uns gewillt ist, auf eine solche Pression einzugehen. Mein Vertrauen zu dem Chef der Kolonialverwaltung würde ganz gewaltig erschüttert werden, wenn er durch einen solchen Artikel sich irgendwie beeinflussen lassen könnte. Ich setze bestimmt voraus, daß das nicht geschieht. Wie sämtliche Vorredner des Hauses halte auch ich den Rezeß von 1908 für gültig. Es würde unerhört sein, wenn die andere Seite es an Treu und Glauben, den wir ihr entgegenbringen, fehlen lassen sollte. Ich kann mich also nur auf das allerschärfste gegen den Inhalt der Zuschrift aussprechen und hoffe, daß er gar keine Wirkung ausübt, daß er nichts ist als ein gedrucktes Stück Papier. Irgendwelche Folgerungen daraus zu ziehen halte ich nicht für nötig. Ich stelle fest, daß die Parteien, die sich bisher geäußert haben, mit der Kolonialverwaltung an dem bisherigen Rechtsstandpunkt festhalten und sich darin nicht erschüttern lassen. (Beifall rechts.)

Abg. **Lebebour** (Soz.): Daß ein paar Leute versuchen, durch Interpretation dem Deutschen Reiche noch mehr abzuknöpfen, ist geradezu ungeheuerlich. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Ich darf wohl konstatieren, daß diese Aussprache hier von größter Bedeutung ist. Und ich bin der „Köln. Zeitung" sogar dafür dankbar, daß der Artikel noch vor der dritten Lesung erschien. Nur so können wir die Sache hier wenigstens klären. Hauptsache ist jetzt, daß alle Parteien des Hauses einmütig darin sind, daß die Gesellschaft in dem Rezeß von 1908 ihre Bergbaurechte definitiv abgetreten hat.

Abg. **Dove** (freis. Vgg.): Auch für meine Freunde sind die Erklärungen der Gesellschaft keinerlei Anlaß, von ihrer Auffassung des Rezesses auch nur im mindesten abzuweichen. Wir denken darüber genau so, wie alle anderen heutigen Redner. Wir werden daher auch heute für den Nachtragsetat stimmen.

Staatssekretär **Dernburg**: Ich wiederhole, daß der Rezeß nach wie vor maßgebend ist gegenüber der Gesellschaft hinsichtlich aller ihrer früheren bergbaulichen Rechte, wie sie auch heißen mögen.

Abg. **Lebebour** (Soz.): Wir lehnen zwar den Nachtragsetat ab aus Gründen, die ich heute nicht nochmals wiederholen will. Aber wir werden nach wie vor den Reichstag in allen seinen Bestrebungen unterstützen, die von der Kolonialgesellschaft an das Reich herantretenden ungeheuerlichen Zumutungen abzuwehren.

Der Nachtragsetat wird dann genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des

Kolonialetats

für 1910.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Die Rechtsverhältnisse der Kolonialbeamten sind bisher äußerst dürftige. Es bedarf für sie der Rechtsgarantien, namentlich einer Aufbesserung der Pensionsbezüge. Ferner muß in den Kolonien für Selbstverwaltung gesorgt werden. Es müssen baldigst Bezirksverbände geschaffen werden und als Oberbau ein Landesrat. Die Leute müssen mitraten und mittaten können im Interesse des Ausbaues der Kolonie. Die Gemeinden dort müssen mit einem Grundstockvermögen, mit Land ausgestattet werden. Aus Ostafrika kommen Klagen über Ausbreitung des Islams. Dank der Maßnahmen hat die Branntweinpest in Togo und Kamerun abgenommen. Man sollte den Bau von Europäerhäusern für Neger fördern.

Abg. **Arning** (nl.) bespricht allgemeine Verhältnisse in den Kolonien und beklagte die Einfuhrzölle auf Lebensmittel aus Deutschland. Redner geht näher auf die Frage der Selbstverwaltung in den Kolonien und auf die Arbeiterfrage ein. Vor der Einführung des Christentums müsse der Eingeborene zur Arbeit erzogen werden. Wenn die Sozialdemokraten für die eingeborenen Arbeiter sorgen wollen, so sollen sie sich an die Spitze der Kolonialverwaltung stellen.

Staatssekretär **Dernburg** führt aus, daß mit der Selbstverwaltung einstweilen sehr vorsichtig vorgegangen werden müsse angesichts der in den Kolonien vorhandenen noch sehr kleinen Ueberschicht und großen Unterschicht. Auch die Oberschicht muß erst den Beweis erbringen, daß sie zur Selbstverwaltung fähig sei. Ich sehe die Selbstverwaltung nicht darin, daß die Interessenten dort zusammenarbeiten. Die eigentliche Exekution liegt hier, denn hier, beim Reichskanzler, liegt die Verantwortung. Das müssen die Leute drüben verstehen. Und sie verstehen es ungern, Gouverneure und Beamte drüben werden von uns befragt, aber sie haben keinen Anspruch darauf, daß ihre Ansicht vorgeht. Weiterhin teilt der Staatssekretär unter anderem mit, er werde auch zwei deutschen Händlern die Erlaubnis geben, in das Ovambo-Land zu gehen. Wo 24 portugiesische Händler sind, da sehe er nicht ein, weshalb nicht auch zwei deutsche dort sein sollten. Bei den Auseinandersetzungen über die Ovambo-Bahn solle den Leuten reichlich gegeben werden, um alle Schwierigkeiten wegzuräumen. Das Interesse an der Selbstverwaltung sei übrigens längst nicht so groß, als es in den Zeitungen aussehe. Selbstverständlich „auf Kredit" zu geben, dazu habe er als Beamter kein Recht, wie er das schon in der Kommission gesagt habe. Was Neu-Guinea anlange, so habe er sein Möglichstes getan, um ein gutes Verhältnis zwischen Gouverneur und Kolonisten wiederherzustellen. Aeußerlich sei die Ursache des Konfliktes die, daß jene behaupten, der Gouverneur habe zugesagt, die Zollverordnung nochmals zu prüfen, während der Gouverneur ein solches Versprechen in Abrede stelle. Wer Recht habe, könne er selbst von hier aus nicht übersehen. Der Gouverneur sehe die Copra als gutes Steuerobjekt an, und gerade deshalb werde der Copra-Ausfuhrzoll von jenen bekämpft. Die Missionsschulen hätten, wie er zugebe, Ersprießliches geleistet. Aber in Samsa habe der katholische Bischof den Katholiken verboten, die Regierungsschule zu besuchen. Dagegen habe sich der Gouverneur gewehrt. Und was Ostafrika anlange, so habe er hier einen Brief zur Hand aus Bagamoyo, in dem es ausdrücklich heiße, daß die Einrichtung christlicher Schulen im allgemeinen gar nicht gewünscht werde. Erschwert sei die Ausbreitung des Christentums nicht durch die Regierungsmaßnahmen, sondern vielmehr dadurch, daß 1. der Islam den Negern sehr viel näher stehe; 2. durch die von dem Islam gestattete Polygamie; 3. durch die Leichtigkeit, mit der man sich dem Islam anschließen könne. Für die Christen bedürfe es eines längeren Unterrichts, beim Islam genüge einfach das Bekenntnis: Allah il Allah! Alle Anregungen werde er erwägen, insbesondere auch die über die Rechtsordnung. Denn diese, das gebe er zu, sei noch nicht überall in den Kolonien in Ordnung. (Beifall.)

Abg. **Dove** (frs. Vgg.): Der Staatssekretär ist aus den Erörterungen seines Etats als Sieger hervorgegangen. Das sah nicht so aus, als der Reichstag noch nicht zu dieser Session zusammengetreten war. Es ist erfreulich, daß die heftigen Beschwerden von Südwest hier keinen Resonanzboden gefunden haben. Darin habe der Staatssekretär Recht, mit der Rechtsordnung in den Schutzgebieten sehe es noch nicht überall so aus, wie es zu wünschen sei. Von Wichtigkeit sei auch die Regelung des Steuerwesens in den Kommunen. Die Art der Grundbesteuerung sei einstweilen eine sehr rohe.

Abg. **von Richthofen** (kons.) beklagt, daß die Besoldungsordnung für die Kolonien noch nicht zustande gekommen ist und schließt sich dem Verlangen nach einer Regelung der Rechtsordnung in den Kolonien an. Von besonderer Wichtigkeit sei die Frage der Erhaltung des Viehstandes in Südwest. Die Selbstverwaltung werde die Kolonien jedenfalls vorwärts bringen. (Beifall rechts.)

Abg. **Noske** (Soz.) betont, daß die Sozialdemokratie ihre grundsätzliche Stellung zu der Kolonialpolitik nicht geändert habe, und legt die Gründe hierfür nochmals eingehend dar.

Dienstag: Fortsetzung.

Ausland.

Die parlamentarische Lage in Ungarn. Das „Amtsblatt" wird heute ein königliches Handschreiben veröffentlichen, in welchem die Demission der Regierung abgelehnt und genehmigend zur Kenntnis genommen wird, daß der Ministerpräsident seinerzeit über die Auflösung des Reichstages und über die Ausschreibung von Neuwahlen Vorschläge erstatten werde.

Wahlen und Lage in England. Am Montag wurde nur die Wiederwahl des Mitgliedes der Arbeiterpartei in Middbyshire gemeldet. Die Unionisten haben bis jetzt 271, die Liberalen 272, die Mitglieder der Arbeiterpartei 41 und die Nationalisten 80 Mandate. Es sind nun noch in dieser Woche weitere sechs Wahlen und Ende der nächsten Woche die Wahlen der Vertreter der Orkney- und Shetland-Inseln zu erledigen.

Die Frage, die die politischen Kreise heute am meisten bewegt, geht dahin, ob Asquith dem Rate der Radikalen folgen wird, die sich über die Abschaffung des Vetorechtes der Lords auf keinerlei Vergleich einlassen wollen und nötigenfalls die Ernennung von einigen hundert Peers verlangen, um den Maßnahmen gegen das Oberhaus zur Annahme zu verhelfen, oder ob der Premierminister den von den Gemäßigten vorgeschlagenen Weg wählen wird, der zu einer Reform des Oberhauses in dem Sinne führen soll, wie die Unionisten und die Mehrheit des Oberhauses selber sie billigen.

Das neue griechische Kabinett. Das Kabinett Dragumis ist gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen:

Ministerpräsident und Minister des Innern Dragumis, Aeußeres Gallergis, Justiz Fikioris, Krieg Zorbas, Marine Miaulis, Kapitän zur See, Unterricht Panajetopoulos, die Finanzen übernimmt wahrscheinlich Valaorites, Vizegouverneur der Nationalbank, eventuell Dragumis selbst. Unter den Ministern sind nur Dragumis und Panajetopoulos Deputierte.

Bulgarien. Die diesjährigen Rekruten, welche Ende März einrücken sollten, wurden schon für Ende Februar einberufen. Von zuständiger Seite wird der vorzeitigen Einberufung politische Bedeutung abgesprochen. In der Oeffentlichkeit ist aber die Ansicht verbreitet, daß die Maßnahme mit der Einberufung von 20 000 Mann türkischer Redifs zusammenhänge.

Dänemark. Rigaus Bureau meldet: Wie verlautet, hat der Verkehrsminister Jensen dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er aus dem Ministerium auszutreten wünsche.

Unruhen in Korea. Aus der koreanischen Provinz Süd-Phjöngan wird der Ausbruch ernster Unruhen gemeldet. Zwanzig japanische Ansiedler sollen ermordet worden sein.

Vereinigte Staaten von Amerika. Die Kommission für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses faßte eine Resolution im Sinne der vom Kongreß angeregten Untersuchung über die hohen Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten.

Aus Nah und Fern.

Zu der Hochwasserkatastrophe in Frankreich erfahren wir weiter aus Paris unter dem 31. Januar: Das Wetter ist heute kalt und trocken. Die Seine war bis heute vormittag seit ihrem höchsten Stande um 66 Zentimeter gesunken. Ein Teil des Straßendammes am Bahnhof St. Lazare ist eingestürzt. Bei der Untergrundbahn macht sich das Sinken des Wassers besonders bemerkbar. Die nach der Seine hinausgehenden Fenster der Orleansbahn beginnen wieder sichtbar zu werden. Der Verkehr auf dem Quai d'Orsay ist wieder hergestellt. Ueber die Rue de Bourbogne ist ein Steg gebaut, um den Zugang zu dem Palais de Bourbon zu ermöglichen. In den Stadtvierteln Champs Elysees, des Invalides und Passy hat das Wasser sehr zugenommen. Wo es noch steht, ist es mit einer leichten Eisschicht bedeckt. Viele Avenuen in Großcailleau sind dem Verkehr wieder freigegeben worden. Auf der Esplanade des Invalides stehen nur noch kleine Wasserlachen; allenthalben arbeiten Pumpen an der Entfernung des Wassers aus den Kellerräumen der Häuser. Man geht daran, die Schutzwehren und Notstege zu beseitigen. — Die französische Deputiertenkammer hat einen Antrag angenommen, durch welchen die Regierung ersucht wird, bei den von der Ueberschwemmung Betroffenen die Beitreibung der Steuerrückstände aufzuschieben. In allen von der Ueberschwemmung betroffenen Arrondissements werden Kleider und Lebensmittel verteilt. Es fehlt an Lebensmitteln und an manchen Orten mangelt es an Betten. — Bei Redaktionsschluß wird uns noch gedrahtet: Paris, 31. Januar: In den meisten Stadtvierteln nimmt das Straßenleben tagsüber zu ziemlich wieder das gewöhnliche Aussehen an. Abends allerdings gewähren die großen Boulevards und die Hauptstraßen wegen des Mangels an elektrischem Licht ein recht trostloses Bild. Die meisten Geschäfte werden notdürftig mit Petroleumlampen und Kerzen beleuchtet. Die Straßen, aus denen sich das Wasser bereits zurückgezogen hat, wurden den ganzen Tag mit desinfizierenden Flüssigkeiten gesprengt und gereinigt. Das gleiche geschieht in den Erdgeschossen und Toreinfahrten der überschwemmt gewesenen Häuser. Die Keller sind dort noch bis zur Decke mit mit aus den Sammelkanälen stammenden Schmutzwasser gefüllt. Vielfach sind Hand- und Dampfpumpen tätig, um die Keller zu entleeren; doch hat die Polizei in einzelnen Straßen dies verbieten müssen, da befürchtet wird, daß die Kanäle einen allzugroßen Wasserzufluß nicht aushalten können. Die Leitung der Untergrundbahn hat an verschiedenen Punkten mächtige Pumpen aufgestellt und wartet das weitere Fallen der Seine ab, um mit den Pumparbeiten zu beginnen. Es heißt, daß die Untergrundbahn gegen die Nord-Südlinie, welcher sie das Eindringen des Wassers in ihre Tunnels zuschreibt, sowie gegen die Stadt Paris als Konzessionsverleiherin einen Schadenersatzprozeß anstrengen wolle. Die Gesellschaft der Nord-Südlinie erhebt in den Blättern energisch Einspruch dagegen, daß man sie wegen der Ueberschwemmung der Gegend des St. Lazare-Bahnhofs und wegen der an verschiedenen Gegenden vorgekommenen Senkungen verantwortlich machen wolle. In einigen trocken gelegten Stollen, so namentlich an den Boulevard St. Germain haben sich infolge der Senkungen tiefe, schachtartige Löcher gebildet, die bis zum Rande mit Wasser gefüllt sind.

Vier Arbeiter schwer verletzt. In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik löste sich beim Abfeuern eines Geschützes ein Verschlußstück, wodurch vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

In Stücke zerrissen. Aus Deva wird uns gedrahtet: Zwei Arbeiter verwechselten, als sie sich ihr Abendessen bereiten wollten, eine Dynamitbüchse mit einer Konservenbüchse. Das Dynamit explodierte, und beide Arbeiter wurden in Stücke zerrissen.

Der verschwundene Hausbesitzer und Bankbeamte Ziehe-Charlottenburg, dessen Flucht mit Manipulationen mit Erbschaftsgeldern in Zusammenhang gebracht wurde, hat sich in einem Hotel in Leipzig erschossen.

Schwere Explosion. In dem Etablissement Grünental in Heide ist eine Azetylenanlage explodiert. Der Besitzer Ehmke wurde dabei getötet.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Montag, den 31. Januar 1910.

Der Vorsitzende, Herr stellvertretender Vorsteher Justizrat Föhring, eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe mehrerer Eingänge. Der Innungsausschuß und der Handwerkermeisterverein bitten, den § 8 des Ortsstatuts der gewerblichen Fortbildungsschule in bezug auf Erhebung von Beiträgen dahin festzusetzen, daß für diesen Zweck eine Summe in den Etat eingestellt wird. Die Petitionen gehen an den Referenten des Etatsausschusses in der Fortbildungsschul-Angelegenheit, Stadtv. Dehne. Zur Wiedervorlegung gelangt eine Eingabe betr. Aufhebung der Schankkonzessionssteuer, die den Etatsausschuß beschäftigen soll. Gleichfalls wieder vorgelegt wird eine Petition des Transportarbeiterverbandes, der bittet, in Halle eine Fahr-Fachschule zu errichten. Herr Stadtrat Frenzel erklärt, daß der Magistrat die Anregung für beachtenswert halte, weshalb er beschlossen habe, das Projekt nach Möglichkeit zu fördern. Die Versammlung beschließt, die Petition auf drei Monate zurückzustellen. Die Kinematographenbesitzer bitten, die für sie neu festgesetzte Steuerordnung am 1. Februar noch nicht in Kraft treten zu lassen und zu prüfen, ob ihre Unternehmen unter die Bestimmungen der Lustbarkeitssteuer fallen. Herr Bürgermeister

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002012-10/fragment/page=0002

von Holly behält dies und erwähnt, daß von den Kinematographentheatern Vorführungen gebracht würden, die der Bildung der Jugend in keiner Weise dienlich seien. Die Stadtverordneten Emmer und Neise beantragen, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen; die Versammlung beschließt, Ueberweisung der Angelegenheit an den Petitionsausschuß. Der Magistrat teilt mit, daß er dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Januar betr. Verstärkung der Straßenbahndeputation, der Straßenreinigungs- und Güterverwaltungsdeputation aus sachlichen Gründen nicht zustimme. Mit 26 gegen 21 Stimmen wird von der Versammlung auf Antrag des Stadtv. Thiele beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seinen Beschluß noch einmal einer Prüfung unterziehe. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und diese wie folgt erledigt:

1. Der Magistrat überreichte die Entwürfe zu den mit den Anstößern Erben, vertreten durch ihren Generalbevollmächtigten Kaufmann Hermann Arndt, sowie dem Ziegeleibesitzer Richard Schönbrodt hierselbst verabredeten Verträgen betreffend den Ausbau 1. der Wegscheiderstraße zwischen Köpziger- und Tholuckstraße, 2. der Tholuckstraße zwischen Tor- und Wegscheiderstraße. Während die Straße zu 1 als Unternehmerstraße zum Ausbau kommen soll und dementsprechend die Gesamtkosten bar eingezahlt werden, wird beabsichtigt, die unter 2 benannte Straßenstrecke, da die Anstößen Erben und Herr Schönbrodt nicht die einzigen Anlieger sind, als Verzinsungsstraße auszubauen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersuchte der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, a) dem Abschluß der Verträge nach den zwei Entwürfen zuzustimmen, b) sich mit Festsetzung der Strecken der Tholuckstraße zwischen Tor- und Wegscheiderstraße einerseits und zwischen Wegscheider- und Ludwigstraße andererseits als Straßeneinheit einverstanden zu erklären und c) die Kosten für den Ausbau der Tholuckstraße zwischen Tor- und Wegscheiderstraße in Höhe der nötigen, von den genannten Unternehmern zu verzinsenden 24 650 Mk. aus der Anleihe von 1900 zu bewilligen. Der Vorlage wurde von der Versammlung nach dem Referat des Stadtv. Stephan zugestimmt.

Punkt 2, Abänderung des § 8 des Ortsstatuts der gewerblichen Fortbildungsschule wegen Erhebung von Beiträgen zu deren Unterhaltung, Anstellung eines Direktors, Errichtung einer dritten hauptamtlichen Lehrerstelle sowie Festsetzung der Vergütung für die Unterrichtsstunden im Nebenamte betreffend, wurde vertagt.

3. setzte die Versammlung den Haushaltsplan des Elektrizitätswerkes für 1910 nach dem Referat des Stadtv. Probst fest.

4., 5. und 6. — die Haushaltspläne des Schlacht- und Viehhofes, der Siechenhausstiftung und der Theodor Schmidt-Stiftung für 1910 — wurden vertagt.

7.—17. betraf die Entlastung von Rechnungen, die nach den Verträgen der Referenten Stadtvv. Beige, Borchert, Springer, Helmecke und Borges ausgesprochen wurde.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Berlin, 31. Januar. Die polizeiliche Erlaubnis zur Aufführung des Theaterstückes „Der Feldherrnhügel" ist hier versagt worden, weil nach den von den Ortsbehörden bestätigten Nachrichten der Presse in Wien das Stück als eine Beleidigung der österreichischen Armee, ihrer Einrichtungen und ihrer Kommandos empfunden worden ist, aus diesen Gründen Anstoß und Aergernis erregt hat und in der vorgelegten Fassung ohne Zweifel auch hier dieselbe Wirkung hervorbringen würde.

Kongresse und Ausstellungen.

W. Ausstellung. In Stuttgart ist in Gegenwart des Königs im Montag die staatliche Erfindungsausstellung in dem neuen, aus Ueberschüssen der Bauausstellung des Jahres 1908 errichteten Ausstellungsgebäude eröffnet worden.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

+ **Schierke**, 30. Jan. (Wintersportfest.) Am gestrigen zweiten Sporttage, welchem Tags zuvor ein Begrüßungskommers mit Lichtbildervortrag des Verkehrsamtsleiters Schulze-Wernigerode über „Wintersport und Winterfreuden des Harzes" vorausgegangen war, herrschte bei prächtigstem Winterwetter überall starker Verkehr. Um 9 Uhr begann der Offizier-Dauerlauf, an welchem sich sechs Herren beteiligten. Der 9½ Kilometer lange Lauf ging das Bodetal hinauf bis zum Sandbrink, dann in beträchtlicher Steigung bis zur halben Höhe des Königsberges, an ihm entlang, in scharfem Abfall und kurzen Kurven zurück zum Ziel. 1. Leutnant von Stoephasius (4. Jäger-Bat. Naumburg) 1 Std. 24 Min. — Nach Einlauf des stark besetzten Zuges nahmen die Rodelrennen ihren Anfang. a) Herrenrodeln, 18 gestartet, 1. Finsterbusch-Berlin, 69 Sekunden; b) Damenrodeln, 8 gestartet, 1. Frl. Hoffmann-Schierke, 74 Sekunden; c) Mehrsitzrodeln, 10 gestartet, 1. Herr Mahnberg und Frl. Seeber-Hamburg, 69 Sekunden. — Am Nachmittag fand das Bobsleighrennen um den Ehrenpreis der Kurverwaltung Schierke statt, welchem der Protektor Fürst Christian Ernst von Stolberg-Wernigerode mit dem Prinzen Heinrich XXXIII. Reuß j. L. beiwohnte. Der Fürst besichtigte die bedeutend verbesserte Bahn, besonders die Kurvenbauten mit großem Interesse und sprach dem Vorstande des Klubs seine Anerkennung aus. Es starteten 11 Bobsleighs in je zwei Fahrten; dem Lenker des „Fürchtenicht" ereilte das Geschick, bei Teilnahme plötzlich aufgeben zu müssen, weil — er sich am Abend zuvor mit einer Hamburger Dame verlobt hatte. 1. „Baccara", Besitzer und Lenker v. Tiedemann, 2,21⁴/₁₀ + 2,0⁹/₁₀. — 2. „Wotan", Besitzer Hartmann-Schierke, Lenker Renphäki, 2,18⁷/₁₀ + 2,17⁷/₁₀. — „Pfeil", Besitzer Sanatorium Schierke, Lenker Pfeil, 2,22⁹/₁₀ + 2,15⁷/₁₀. — Bob „Brockenhexe" mußte infolge Sturzes beim ersten Rennen (ohne Unfall) ausscheiden. Abends fand im „Grand Hotel Kurhaus und Fürstenhöh" in welchem der Fürst mit Begleitung abgestiegen ist, Reunion statt. — Den heutigen Sonntag eröffnete früh 8 Uhr der Patrouillenlauf, an welchem sich 6 Patrouillen der Jäger-Bataillone Nr. 4 und 10 sowie des Inf.-Regts. Nr. 165 beteiligten. Anzug: Litewka, umgeschnallt mit Schußwaffe, Rucksack oder Tornisterbeutel. Ablauf erfolgte vom „Hotel Fürstenhöh" nach dem Brocken, dort Meldung, dann Aufklärungsdienst und Lösung verschiedener gestellter Aufgaben, Rückmeldung auf der Försterei Schluft. Beste Patrouille die vom 10. Jäger-Bat., Zeit 1 Std. 41 Min. 40 Sek. — An der Sprungschanze herrschte ein gewaltiges Leben, an 2000 Personen waren zusammengeströmt. Die Züge der Harzquerbahn, die mit zwei und drei Maschinen befördert werden mußten, hatten einen äußerst starken Verkehr gebracht. Im Magdeburger Sonderzuge sollen 600—700 Personen befördert sein. a) Junioren-Sprunglauf, 1. Friedrich-Braunlage, gestand. Sprung 22 Meter; b) Internationaler Sprunglauf, 1. Aug. Böhm-München, gestand. Sprung 18,5 Meter; c) Volksschanen-Sprunglauf, 1. Wagner-Braunlage, gestand. Sprung 12 Meter. — Starkes Gegenwind und neugefallener Schnee beeinflußten die Resultate ungünstig. — Der Nachmittags-Zug hat noch neue Menschenmassen gebracht, die sämtlich das Bobsleigh-Rennen um den Fürstenpreis sehen wollen. Die Zahl der Zuschauer dürfte 3000 erreichen. Leider seit eben, 3 Uhr nachmittags, wieder starker Schneefall ein. — Der Fürst zu Stolberg, Prinz Reuß, Graf Bernstorff, der Königliche Landrat Frhr. von Spitzemberg und andere Ehrengäste wohnten beiden Veranstaltungen bei.

Letzte Telegramme.

Die Finanzkommission des deutschen Städtetages.

Berlin, 1. Februar. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Beutler-Dresden ist gestern im Rathause die Finanzkommission des deutschen Städtetages zu längerer Beratung zusammengetreten.

Die Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 1. Februar. Die Wahlrechtsvorlage wird dem preußischen Landtage innerhalb der nächsten acht Tage zugehen.

Konflikt in der Berliner Sezession.

Berlin, 1. Februar. In der Berliner Sezession bot die Wahl einiger junger Mitglieder und das dadurch bedingte Ausscheiden einiger älterer aus dem Vorstande Veranlassung zum Ausbruch eines Konfliktes.

Ein neuer Schmugglertrick.

München, 1. Februar. Ein neuer Trick wurde von sieben Schmugglern angewandt, die im Nachtschnellzuge Genf—München während der österreichischen Zollrevision zur Verhaftung gelangten. Neben den Heizröhren hatten sie unter den Sitzen Röhren aus Papiermaché angebracht, in denen sie große Mengen Saccharin verborgen hatten.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

W. Finanzielles aus Japan. Die japanische Regierung beschloß die Emission einer 4%igen inneren Anleihe im Betrage von hundert Millionen Yen zur Tilgung 5%iger Obligationen in demselben Betrage. Der Emissionskurs ist 95 %. Die Regierung beabsichtigt auch die Konvertierung der übrigen inneren Anleihen, die sämtlich auf den 4%igen Zinsfuß gebracht werden sollen.

W. Die rumänische Maisernte. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes in Bukarest ergibt die endgültige Maisernte des abgelaufenen Jahres einen Ertrag von 24 716 000 Hektoliter bei einer Anbaufläche von 2 123 473 Hektar; gegen das Jahr 1908 ist die Maisproduktion um etwa drei Millionen Hektoliter kleiner. Das für den Export zur Verfügung stehende Quantum dürfte zehn Millionen Hektoliter betragen.

W. Wollauktion in London Montag, 31. Januar. Die Auktion verlauft fest und lebhaft bei voll behaupteten Preisen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 31. Januar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Dez./Jan. 241 ℳ, Northern I Duluth Febr. 256 ℳ, Durum I Duluth Febr. 234 ℳ, Ulka 10 Pud 4 Dez./Jan. 238½ ℳ, 10 Pud 5 April/Mai 236½ ℳ, Orenburg. 78/79 kg Jan./Febr. 236½ ℳ, Sam. 78/79 kg Jan./Febr. 237½ ℳ, April/Mai 235½ ℳ, Arg. Barl. Russo 78 kg Dez./Jan. 238 ℳ, Jan./Febr. 234 ℳ, Febr./März 233½ ℳ, Rosafe 78 kg schwimmend 241 ℳ, Jan./Febr. 237 ℳ. — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 20/25 gute Hälfen Jan./Febr 186 ℳ, Donau 73/74 kg prompt 186 ℳ — **Futtergerste:** Südr. 60/61 kg schw. 127½ ℳ, Jan. 127½ ℳ, Febr. 126 ℳ, Febr./Mai 126 ℳ — **Hafer:** Nordruss. 50/51 kg Febr./April 165½ ℳ, März/Mai 166 ℳ — — **Mais:** La Plata April/Juni 149¾ ℳ, Mixed schwim. 150 ℳ, Febr. 152 ℳ, März 153½ ℳ, Odessa prompt 152 ℳ

— **Berlin**, 31. Januar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen inländischer 225,00—226,50 ℳ ab Bahn und frei Mühle, Mai 227,75—228,00 ℳ, Juli —,— bis —,— ℳ. Roggen, inländ. 164,50—166,00 ℳ ab Bahn und frei Mühle, Juli —,— ℳ. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 174—182 ℳ, mittel 168—173 ℳ, gering 164—167 ℳ, russischer und Donau mittel —,— bis —,— ℳ, gering —,— bis —,— ℳ ab Bahn und frei Wagen. Mai —,— bis —,— ℳ. **Mais**, amerik. mixed. 159,00—163,00 ℳ, etwas abfallender —,— ℳ, türk. mixed —,— ℳ, runder 156,00—160,00 ℳ frei Wagen. Gerste, inl. Futtergerste, mittel u. gering 142—148 ℳ, gute 149—160 ℳ, russ. u. Donau feichte 130—135 ℳ, schwere 136—143 ℳ ab Bahn u. frei Wagen. **Erbsen**, inländ. u. ausl. Futterware mittel 162—169 ℳ. Taubenerbsen 170—182 ℳ, kleine Kocherbsen —,— bis —,— ℳ. Viktoriaerbsen —,— ℳ ab Bahn und frei Wagen, Bohnen, weiße —,— ℳ. Linsen —,— ℳ ab Bahn. **Weizenmehl** 00 27,75—30,50 ℳ **Roggenmehl** 0 und 1 20,50 bis 22,20 ℳ. **Weizenkleie** 11,50—12,50 ℳ **Roggenkleie** 11,50—12,10 ℳ — **Mittagsbörse: Weizen**, inländ. 225,00—227,00 ℳ ab Bahn, Mai 228,00—227,50 ℳ, Juli 228,50—228,25 ℳ **Roggen**, inländ. 164,50—165,50 ℳ, Mai 175,00—174,50 ℳ, Juli 178,00—177,75 bis 178,00 ℳ. eigenmehl 00 27,75 30,50 ℳ **Roggenmehl** 0 und 1 20,40—22,20 ℳ, Mai 22,25 ℳ **Rüböl** Mai 54,90 ℳ Brief.

L. Weltmarkt, Berlin, 31. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr., Mai 227,50, Juli 228,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko —,—, Mai 183,35, Chicago Northern I Spring, Mai 171,75, Juli 156,50. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 187,80. Paris Lieferungsware Jan. —,—, Budapest Lieferungsware April 241,50. Odessa Ulka 9⁸/₁₀ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 169,90. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordrei —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 174,50, Juli 178,00. Odessa 9¹⁰/₁₀ einschl. Bordospesen loko 127,75. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 166,50, Juli 168,50. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 126,15. Buenos-Aires Durchschnitt-Qualität bordrei —,—.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 29. Januar. (Hopfenbericht.) Während der abgelaufenen Woche gelangten bei sehr ruhigem Marktverkehr 300 Ballen, meist grünfarbige Hopfen zum Verkauf. Die Preise sind zugunsten der Käufer. Die Wochenzufuhr betrug in 350 Ballen. Stimmung ruhig.

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 31. Januar. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15 bis 16 ℳ Lieferung Frühjahr 1910 8,60 ℳ, schwefels. Ammoniak 20% 7 per. 60 ℳ pr. ℔, Kalkstickstoff, 18—20 % 53 ℳ pr. ℔, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9½ % 7,90 ℳ, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,25 ℳ, Superphosphat 17—19 % 15 ℳ, Baumwollsaatmehl, entölt 55 bis 58 % — ℳ, Tezas 55—58 % — ℳ, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,90 ℳ, Sesamkuchenmehl 50—52% deutsches 7,50 ℳ, Maizenkutter 26—30 % 7,85 ℳ, Maiskiskuchenmehl 30—36 % 8,00 ℳ, Kokoskuchen, deutsche 30—33 % 8,30 ℳ, Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,60 ℳ, Leinsaatkuchen, deutsche 36—40 % — ℳ, Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,00 ℳ, Mohnkuchen, deutsche 42—45 % 6,75 ℳ, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,45 ℳ, helle Biertreber 26—30 % —,— ℳ, Knochen-Präzipitat (Kutterkalk) feinste Ware mit 40 % 10,50 ℳ Liebigs Fleischfuttermehl ca. 90 % 12,50 ℳ Paritätt frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 31. Januar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. **Tendenz:** —. Für Kartoffeln sind bezahlt worden in Mk. für 50 kg in **Berlin**, rote Daberche 2,10—2,20; andere rote Sorten 1,65—1,75; Magnum bonum 2,05—2,15; weiße runde 1,60—1,70; gelbfleischige weiße 0,00—0,00. **Magdeburg:** rote Daber 2,00; andere rote Sorten 1,75; Magnum bonum 1,90 bis 2,00; weiße runde 1,75; gelbfleischige weiße 2,80. Futter- und Brennware: **Berlin**, rote Daber 1,20—1,40; andere rote Sorten 1,20 bis 1,40; weiße Sorten 1,20—1,40. **Magdeburg**, rote Daber 1,40; andere rote Sorten 1,40; weiße Sorten 1,40.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. **Flocken:** Bogushin b. Murkwitz Station Lindensee 8,50 (Werk.), Cischkowo b. Krutsch 7,70 (bez.), Genschmar b. Golzow a. O. 7,90 bis 8,25 (bez.), Hecklingen i. Anh. 8,00 (bez.), Kempen Stat. Demnitz-Süd 7,50 (bez.), Königsberg i. Pr. Station Königsberg 8,25 (bez.), Lindchen b. Petersbahn Stat. Pyritzhain 7,90 (bez.), Maldeuten Stat. Maldeuten Ostpr. 7,90 (bez.), Parchim 8,25 (bez.), Polchow Stat. Wangerin in Pomm. 7,70 (bez.), Polwitz b. Würben Stat. Ohlau 8,00 (bez.), Rauschen b. Gimmel Stat. Krebiau 7,90 (bez.), Röbel i. Meckbg. 8,10 bis 8,20 (bez.), Schönfeld Bez. Opeln Stat. Konstadt O.-S. 7,75 (bez.), Schmolsichütz bei Allerheiligen Kr. Oels Stat. Bernstadt i. Schl. 7,75 (bez.), Sembten Stat. Koschen 8,00 (Werk. Jan.), 8,25 (Werk. Febr.), Twardow bei Bitschütz Kr. Jarotschin 7,50 (bez.), Uthmöden bei Neuhaldensleben 8,30 (Käuf.), Zerbst Anhalt 8,20 (bez.). **Schnitzel:** Calbe a. S. Zuckerfabrik 8,25 (bez.), Falkenhagen Bez. Frkf. O. 7,20 (Werk.), Gr. Krädits b. Gramschütz 7,50 (Werk.), Podel b. Stojentin Stat. Dargerose 6,90 (bez.), 7,25 (Werk. Frühjahrslief.), Soldin 7,50 (bez.), Wolgast in Pommern 7,75 (Werk.). (D. L.-R.)

— **Magdeburg**, 31. Januar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: geschäftslos.

— **Berlin**, 31. Januar. Kartoffelstärke 21,00—21,50 Mk. Kartoffelmehl 21,00—21,50 Mk., feuchte Stärke 10,80 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 31. Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per loko und Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,75—86,75 Mk. Branntw in 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,75—96,75 Mk. per Februar-September-Lieferung ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 31. Januar. Spiritus stramm, Januar 20¼ G., Januar-Februar 20¼ G., Februar-März 20¼ G.

— **Paris**, 31. Januar. Spiritus behauptet, Januar 48,00, Februar 48,75, Mai-August 50,50, September-Dezember 45,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 31. Januar. Rüböl loko 61,50, Mai 60,09.

— **Hamburg**, 31. Januar. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam**, 31. Januar. Leinöl fest, loko 36, Februar 35¾, Februar-April —, Mai-August 33⅞, Sept.-Dez. 32½.

— **Paris**, 31. Januar. Rüböl behauptet, Jan. 61,50, Febr. 61,75, März-April 62,50, Mai-August 63,75.

— **Pest**, 31. Januar. Kohlraps stetig, August 13,80 G.

Zucker.

W. Hamburg, 31. Januar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Jan. —,—, per März 13,05, per Mai 13,15, per August 13,37½, per Oktober 11,40, per Dezember 11,20. Tendenz: behauptet.

W. London, 31. Januar. Rüben-Rohzucker 88 % Januar, 12 sh. 11¼ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 13 sh. 4½ d. Wert ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 31. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 36½ G., Mai 36½ G., September 36½ G., Dezember 36½ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 31. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 42.

— **Havre**, 31. Januar. Kaffee. Good average Santos März 47,50, Mai 47,25, September 46,75, Dezember 46,50. Tendenz: behauptet.

W. Rio de Janeiro, 29. Januar. Kaffee. Zufuhren 8000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 31. Jan. Baumwolle, schwächer, Upland middling loko 74½ Pfg.

— **Antwerpen**, 31. Jan. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Februar 5,92½ bez., Dezember 5,65 bez. Tendenz: ruhig.

— **Liverpool**, 31. Jan. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export — — Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Ruhig. Per Febr. 7,48, per Febr.-März 7,48, per März-April 7,49, per April-Mai 7,51, per Mai-Juni 7,52, per Juni-Juli 7,51, per Juli-August 7,49, per Aug.-Sept. 7,20, per Sept.-Okt. 6,77, per Okt.-Nov. 6,58.

Petroleum.

— **Hamburg**, 31. Januar. Petroleum fest, Amerik. spez.-Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam**, 31. Januar. Banckazinn behauptet, loko 88⅝.

— **London**, 31. Jan. Blei, span., 12⁹/₁₆ Lstr., engl. 14 Lstr., Zinn 147¹/₄ Lstr., Zink 23¹/₄ Lstr., Chili-Kupfer 60⁷/₈ Lstr., 3 Monate 61⁹/₄ Lstr.

— **Glasgow**, 31. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 51 sh. 9 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 31. Jan. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 605 Rinder, und zwar 179 Ochsen, 26 Kalben, 244 Kühe, 156 Bullen, 213 Kälber, 641 Stück Schafvieh, 2389 Schweine, und zwar 2389 deutsche; zus. 3048 Tiere. Preise: Ochsen: I. 81, II. 75, III. 65, IV. 55 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 77, II. 71, III. 62, IV. 52, V. 42 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 68, II. 63, III. 58 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 55, II. 50, III. 44, IV. — ℳ für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 41, II. 38, III. 32 ℳ für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 73, II. 69, III. 66, IV. 64 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 524 Rinder, und zwar: 141 Ochsen, 25 Kalben, 219 Kühe, 139 Bullen; 313 Kälber, 506 Schafe, 5351 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen langsam, Kälber, Schafe, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 31. Januar. Roter Winter-Weizen loko —, per März —,—, per Mai 118¹/₄, per Juli 108⁷/₈, per Sept. —,—, Mais per Mai 75¹/₄, per Juli 75⁷/₈, per Sept. 75¹/₄. Mehl 4,45. Getreidefracht nach Liverpool 1¹/₂.

W. Chicago, 31. Jan. Weizen per Mai 110¹/₂, per Juli 106⁷/₈, Mais per Mai 66⅜.

W. New-York, 31. Jan. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. New-York, 31. Jan. Schmalz Westernsteam 12,48, Rohe und Brothers 12,80.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebauschen für Handel, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Edeling; für Certifikat Heinrich Mieschner; Schlußredaktion A. Werneke, sämtlich in Halle a. S.

Das XII. grosse Winterfest des Oberharzer Skiklubs
findet vom 4. bis 7. Februar in den Bergstädten
Clausthal-Zellerfeld
statt. Der Schneesportverein Clausthal-Zellerfeld

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-16872166X191002012-10/fragment/page=0003

Berliner Börse, 31. Jan. 1910

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½%, Lombardzinsfuß 5½%. Privatdiskont 2⅞%. Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	d	4	100.90b
do. 1.4.12	d	4	101.00G
do. 1.7.12	a	4	100.90b
Pr.Schatz 12	a	4	100.90b
do. 13	d	4	101.10bG
Dt.Rchs.-Anl	v	3½	94.25bG
do. do.	d	4	102.40bG
[illegible]			

Thorn 01u11	d	4	—.—
Weimar	a	3½	—.—
Wiesb 79/83	v	3½	95.80G
Worms 01	a	4	100.40G
Zerbst 05 II	a	3½	93.00G

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdb.	a	5	119.75G
do. do.	a	4½	108.20G
do. do.	a	4	102.30G
[illegible]			

Siamos. Anl.	v	4½	96.75G
Span. Schdkl	q1	4	—.—
Türk Adm Anl	e	4	88.70bG
do. Bagd.-A.	c	4	87.60bG
do. do. priv.	c	4	—.—
do. unifiz. 03	c	4	94.90bG
do. do. 05	c	4	87.50bG
do. do. 06	a	4	87.80bG
do. 400Fr.L.	—	frc.	180.40b
[illegible]			

DuxBod. Gold	a	4
do. in Kronen	a	3
Dux-Prag. G.	a	3
Kasch.O. Gld	a	4
do. Silb. 89	a	4
Lmb. Czn. stf.	e	4
Oest. U. St. 95	e	3
do. I. u. II	e	5
Raab Oedb. G	d	3
[illegible]		

Auswärtige

[illegible]			

...hofer	O	11	230.25bG
...berg	O	7½	171.25bG
...b Sch	O	8	192.75G
...heiss	9	14	252.00bG
...auer B	O	4	134.25G
...b. kv.	O	10	209.75B
...St.-Pr.	O	12	231.00bG
...a	O	3	89.40b

Cöln-Müsen	7	9	121.00bG
Concordia B.	1	10	315.00bG
do. chem.	7	13	217.75bG
do. Spinner.	1	0	165.75G
Consolidat.	1	23	410.00G
Cont El Nrb VA	4	4	90.00G
do. Wasserw.	1	7½	144.25bG
Cottb. Masch	O	3	94.00G
Cröllw. Pap.	7	12	225.00bG
Delmnh. Lin	1	13	220.00bG
[illegible]			

Kön. Marienh	1	6	106.00bG
do. V.-A.	1	6	106.00bG
Kgsb Lagerh	8	6	109.25G
do. Walzm.	1	8	128.75b
do. Zellst.	4	20	301.00bG
Königsborn.	1	13	210.50b
Königszelt P.	7	6	176.00bG
Körbisd. Zck	4	10	173.75b
Gbr. Körting	1	6	140.00bG
Körting's El	4	6½	129.90bB
[illegible]			

Schöll. Eit Kg	5	0	110.00B
Scholten St.	9	11	176.75b
Schomburg	O	7	139.00bG
Schöneb FrT	4	12	185.75b
do. Metall	7	0	72.75bG
Schoening	5	6	116.50bG
Schönw. Prz.	1	0	88.75b
Schött Rhdt.	1	5	110.00bG
Schftg. Huck	1	1	123.50G
Schub & Slz.	4	20	375.75bG
[illegible]			

Wechselkurse

[illegible]

Gold, Silber, Banknoten

[illegible]

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002012-10/fragment/page=0004